

14241/AB XXIV. GP

Eingelangt am 25.06.2013

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Anfragebeantwortung

NIKOLAUS BERLAKOVICH
Bundesminister



lebensministerium.at

An die
Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag.^a Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

ZI. LE.4.2.4/0065-I/3/2013

Wien, am 21. JUNI 2013

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Mag. Helene Jarmer, Kolleginnen und Kollegen vom 29. April 2013, Nr. 14665/J, betreffend Umsetzung der für 2012 geplanten Maßnahmen im Nationalen Aktionsplan Behinderung

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Mag. Helene Jarmer, Kolleginnen und Kollegen vom 29. April 2013, Nr. 14665/J, teile ich Folgendes mit:

Zu Frage 1:

Dazu wird auf die Antwort des Herrn Bundeskanzlers zur parlamentarischen Anfrage Nr. 14656/J sowie auf die Antwort der Frau Bundesministerin für Justiz zur parlamentarischen Anfrage Nr. 14663/J verwiesen.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at

Zu Frage 2:

Bislang wurden diese Anforderungen im Planungsprozess für Umbau, Sanierung, Sicherheits- und Brandschutzmaßnahmen, Beschilderungen, etc. von den Amtswirtschaftsstellen und der über den BBG-Rahmenvertrag abgerufenen Sicherheitsfachkraft wahrgenommen.

Der Nominierungsprozess für die Bestellung eines Barrierefreiheits-Beauftragten wurde in die Wege geleitet.

Zu Frage 3:

Dazu wird auf die Antwort des Herrn Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend zur parlamentarischen Anfrage Nr. 14668/J verwiesen.

Zu Frage 4:

Das höhere land- und forstwirtschaftliche Schulwesen bildet keine Berufe für den Bereich des Verkehrswesens mit Personenbeförderung aus.

Die Ausbildungsziele sind in § 9 des land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulgesetzes festgelegt. Lehrveranstaltungen zum Themenbereich Barrierefreiheit in Ausbildungsstätten, sofern die darin ausgebildeten Berufe im Verkehrswesen mit Personenbeförderung Verwendung finden, wie in der Maßnahme 92 vorgeschlagen, sind darin nicht enthalten.

Zu Frage 5:

Dazu wird auf die Antwort der Frau Bundesministerin für Frauen und öffentlicher Dienst zur parlamentarischen Anfrage Nr. 14657/J verwiesen.

Der Bundesminister: